

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtankstift: Tagesblatt Riesa.
Kernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkasskonto: Dresden 1530
Cirkularkassa Nr. 52.

Nr. 156.

Mittwoch, 8. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, wegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigerblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 20 mm breiten, 3 mm hohen Grundchrift-Zeile (6 Zeilen), 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Mastkategorie 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt zuzüglich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Banges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sächsischer Landtag.

Begnadigung Zeigners.

Die Justizminister Dr. Dingeldey in der gestrigen Landtagssitzung mitteilte, hat das Justizministerium beschlossen, den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigener, der im August d. J. auf freien Fuß zu gehen, wenn er etwa die Hälfte seiner Strafe verbüßt haben wird. Bei dieser Entscheidung sei das Justizministerium nicht davon ausgegangen, daß gegen Zeigener ein Fehlurteil gefällt worden oder daß die verhängte Strafe zu hoch gewesen sei.

M. Dresden, 7. Juli 1925.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Präsident vor, u. a. auch die Anträge der Kommunisten und Linksozialisten auf Aufhebung des Landtages heute zu erledigen. Hiergegen erhebt sich mehrfacher Widerspruch. Das Haus beschließt, zunächst den Haushalt zu erledigen und dann — wahrscheinlich erst am Mittwoch — die Aufhebungsanträge zu behandeln. In Erledigung der Tagesordnung werden die Kap. 30, Arbeitsweisen und Arbeiterschutz; 43, Handel und Gewerbe im allgemeinen; 46, Veterinärpolizei; 72, Taubstummenanstalten; 28, Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege; 29, Heil- und Pflegeanstalten, die Einstellungen einstimmig genehmigt. Desgleichen der Geschäftsbericht der Landes-Brandversicherungsanstalt auf das Jahr 1923. Mit der Beratung der Kap. 33.

Polizei.

wenden mehrere Anträge verbunden. Abg. Henner (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion, die Regierung zu beauftragen, den Polizeipräsidenten Kühn wegen Mißbrauch der Amtsgeheimnisse gegen die gesetzlichen Bestimmungen und Verfassungsbrechens seines Amtes zu entsetzen.

Er behauptet, der Polizeipräsident gehe nur gegen die Kommunisten, nie aber gegen die tatsächlichen Organisationsführer vor. — Eine kommunistische Anfrage, die Abg. Sievert begründet, beschäftigt sich mit den Zuständen bei der Landespolizei in Chemnitz. Die dortige Polizei werde zu geschlossenen Kampforganisationen gegen die Arbeiterbewegung organisiert. Redner fordert die Regierung auf, alle Bekleidungen zur Militärisierung der Polizei zu befehlen.

Minister des Innern Müller bittet, den Antrag auf Amtsenthebung des Polizeipräsidenten abzulehnen. Es möge dahingestellt sein, ob bei den angeordneten Hausdurchsuchungen bei den Kommunisten, die zu den Wessensbüchern führten, die gesetzlichen Bestimmungen bis auf das A-Zeichen eingehalten wurden; aber der Polizei und der Regierung kam es nur darauf an, dafür zu sorgen, daß solche Dinge, die die größten Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen, nicht wieder vorkommen. Die Kommunisten seien selbst schuld daran, daß sie so scharf beobachtet würden, denn diese Partei feiere darauf hin, ein illegales Dasein zu führen. (Zurufe der Kommunisten, Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir greifen zu, um die armen Opfer, die von den Kommunisten verführt werden, zu schützen. (Erneute Injurie links.) Der Frontkämpferbund sei legal, der kommunistische Ordnungsdienst illegal und eine militärische Organisation, die den bewaffneten Aufstand vorbereiten solle; aus dem Jugendordnungsdienste sollen die Führer der Roten Armee hervorgehen. (Lärm links.) Der Minister schließt: Die kommunistische Partei möchte endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß so, wie sie politische Propaganda treibt, der Bevölkerung nicht geholfen wird, am wenigsten aber der Arbeiterbewegung, deren Interessen zu vertreten die Kommunisten immer vorgeben.

Ministerialrat Dr. Münder antwortet auf die kommunistische Anfrage, die Todesfälle bei der Chemnitzer Polizei seien nicht auf Ueberführung im Dienste zurückzuführen, sondern hätten ihre Ursache in dem körperlichen Zustande der Betroffenen. Abg. Nicker (Dnalt.) tritt für Besserung in den Verhältnissen und Beförderungsvorstellungen bei der Polizei ein. Abg. Cahan (Soz.) tritt für Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Polizeibeamten ein und für deren Uebernahme in das Staatsdienstverhältnis. Abg. Frei, Dr. Hertwig (D. Vp.) beantragt, schärfere Maßnahmen zum Schutze der Jugendlichen, vor allem soll der Jugend vor vollendetem 17. Lebensjahre der Zutritt zu Tanzveranstaltungen verboten sein und die Verabreichung von stark berauschenden Getränken an Jugendliche bis zum 18. Jahre untersagt werden. Der Antrag findet Annahme. Die kommunistischen Minderheitsanträge werden abgelehnt und die Einstellungen des Kapitels entsprechend den Anträgen des Ausschusses genehmigt. Die Anträge der Kommunisten auf Entsetzung der Dipo von Umbach und Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Kühn werden abgelehnt. Eine Vorlage der Regierung fordert eine Million Mark zur Gewährung von Darlehen an das waldesebene Bergwerk in der Gegend. Die Vorlage findet in sofortiger Schlussberatung Annahme.

Zur Vorlage über die Errichtung einer Sächsischen Pfandbriefanstalt. Hr. Anträge und Handel stellt Finanzminister Dr. Rein-

hold fest, daß die neue Einrichtung wohl geeignet sein werde, auf schnellstem Wege die derzeitige Kreditnot zu beheben. Das Haus nimmt das Gesetz an. — Als Mitglieder in den Verwaltungsrat der Pfandbriefanstalt werden gewählt: Abg. Böffel (Soz.), Bentler (Dnalt.) und Dr. Dehne (Dem.). In der fortgesetzten Beratung wird der Antrag des Abg. Dr. Dehne (Dem.) und Genossen auf Änderung des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbauverbot vom 11. Juni 1918 angenommen. — Desgleichen Kap. 19 Stabehelver. Es folgt die Beratung über Kap. 22

Ministerium der Justiz

und Kap. 23, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefangenenanstalten und die Verbindung damit über mehrere Anträge und Anfragen. — Ueber das Kapitel berichtet Dr. Dehne (Dem.) und empfiehlt Annahme der Kapitel nach den Ausschussanträgen. Zum Antrage Arzt (L. Soz.) und Genossen betr. die Begnadigung Dr. Zeigners empfiehlt der Ausschuss, die Regierung zu ersuchen, alsbald eine Begnadigung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigener in Erwägung zu ziehen, nachdem dieser bereits einen so erheblichen Teil seiner Strafe verbüßt hat und dadurch schon schwer bestraft ist. — Die Anträge der Linksozialisten und Kommunisten auf Erlass einer Amnestie beantragt der Ausschuss abzulehnen.

Justizminister Dingeldey: Das Justizministerium hat beschlossen, Zeigener Ende August in bedingter Begnadigung auf freien Fuß zu lassen.

Er wird dann die Hälfte seiner Strafe verbüßt haben. Bei der Entscheidung ist nicht davon ausgegangen worden, daß die tatsächlichen Verhältnisse des Landgerichts etwa unrichtig wären, und ebensowenig nimmt das Justizministerium an, daß die damals festgesetzte Strafe zu hoch war. Es sind nur Erwägungen maßgebend gewesen, die auch in jedem anderen Falle entscheidend gewesen wären. In Betracht gezogen wurde, daß Zeigener unter der schweren Strafe und seinem Exil vom Ministerpräsidenten zum Strafgefangenen sechzig schwer leiden muß. Es sind auch Anzeichen vorhanden, daß Zeigener ernstlich bekehrte ist, nachdem ihm eine Pension nicht mehr gewährt werden kann, nach seiner Entlassung für sich und seine Familie zu arbeiten. Er hat sich auch der Justiz und Ordnung der Gefangenenanstalt willig unterstellt. Nach alledem erscheint mit der Gerechtigkeit so weit Genüge geschehen, daß eine bedingte Begnadigung am Platze ist. Diese Entscheidung ist übrigens gefast worden, bevor der Beschluß des Ausschusses zu dem Antrage vorlag. Von denen, die für Zeigener eintreten, ist es recht ungeschickt vorgegangen worden. Genaue Erwägung haben nicht dem Volke und dem Landtage, sondern nur dem Gesamtministerium zu. Zur Frage einer Landesamnestie

erklärt der Minister, er halte an seiner bisherigen Auffassung fest, daß vom Erlass einer Landesamnestie abzusehen sei. Einzelbegnadigungen seien richtig. Das gelte besonders für politische Delikte. 80 Prozent der in Betracht kommenden Strafgefangenen seien bereits bestraft worden. Eine Vereinbarung der Länder über Erlass einer Landesamnestie sei noch nicht erfolgt, auch das Reich habe eine solche Amnestie, die einheitlich vorgenommen werden müßte, nicht empfohlen. Der Minister weist dann nach, daß die Berichte der kommunistischen Blätter über die Zustände in den Strafgefängnissen nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen. Er verliest u. a. einen Brief des Strafgefangenen Zehl aus dem Buchhause Waldheim an die Redaktion des „Kämpfers“, in dem dieser die Genossen dringend ermahnt, bei der Wahrheit zu bleiben.

Abg. Gündel (DVP.) erklärt, seine Partei billige die Ausführungen des Ministers über die Amnestie und zum Falle Zeigener.

Abg. Ullrich (DVP.) tritt für die Forderungen der Justizbeamten ein. Nach längerer Ansprache, in der besonders die Kommunisten und Linksozialisten die Tätigkeit des Justizministers kritisieren und ihm ihr Mißtrauen bekunden, findet ein Antrag auf Schluß der Debatte Annahme. — Die beiden Kapitel werden den Anträgen des Ausschusses entsprechend erledigt. Die kommunistischen und linksozialistischen Anträge werden abgelehnt. Die Kommunisten und Linksozialisten lehnen das Gehalt des Ministers ab. Darauf wird nachts 11 Uhr die Sitzung unterbrochen und die Weiterberatung der Tagesordnung auf Mittwoch, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr verlegt.

Um das Aufsichtsrecht des Reiches.

Bd. Berlin. Der Steuerausich der Reichstags letzte nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden fort. Beim Paragraf 8 beantragt Abg. Simon-Schwaben (Soz.), daß Rückfragen wegen der gegebenen Statistiken an Gemeinden nur zum Zwecke der Herstellung von Einnahmeverhältnissen verlangt werden dürften. Staatssekretär Pöhl erklärt, eine Kontrolle der Gemeinden sei nicht beabsichtigt, deshalb habe er keine Bedenken gegen diesen Antrag.

Staatsrat Dr. v. Wolf gibt namens der Länder dem schweren Bedenken Ausdruck, die gegen die vorgeschlagene Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes bestehen. Wenn auch Staatssekretär Pöhl eine milde und reibungslose Handhabung der neuen Vorschriften zugesagt hat, so zwingen gemachte Erfahrungen doch die Länder, solchen Versprechungen zu mißtrauen. Die Länder sind bereit, im Wege einer Vereinbarung der Reichsfinanzverwaltung alle Unterlagen zu verschaffen, die sie wünscht und notwendig hat. Die Gemeindeaufsicht ist ausschließlich Sache der Länder und muß es bleiben.

In der Abstimmung wurde der Paragraf 8 gemäß dem Zusatzantrage des Abgeordneten Simon-Schwaben angenommen. Danach haben also die Landesregierungen und die Behörden der Gemeinden zum Zwecke der Herstellung von Einnahme-Übersichten die Eingänge der ihnen überwiesenen Reichssteuer, der Landessteuern, Gemeindesteuer und sonstigen Abgaben monatlich aufzurechnen und dem Reichsminister der Finanzen oder den von ihm beauftragten Behörden laufend mitzuteilen. Der Reichsfinanzminister ist auch berechtigt, von den Landesregierungen und den Behörden der Gemeinden Auskünfte über die Einnahmen und die Ausgaben der Länder und Gemeinden, insbesondere die Beantwortung von Fragebogen, aber lediglich zu Zwecken der statistischen Verarbeitung, sowie Einsicht in die Haushaltspläne und die Jahresrechnungen alljährlich zu verlangen. Diese Mitteilungen und Auskünfte müssen mit der Versicherung der Richtigkeit und der Vollständigkeit versehen sein. Landesbeamte und Gemeindebeamte, die unter dieser Versicherung unrichtige oder unvollständige Mitteilungen oder Auskünfte geben, machen sich der Verletzung einer Amtspflicht schuldig.

Der Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken.

Der Steuerausich der Reichstags beschloß sich weiter mit dem Artikel 11 des Finanzausgleichsgesetzes, der den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken zum Inhalt hat.

Der Vorsitzende des Wohnungsausschusses des Reichstags Abg. Dr. Kalk (Dem.) berichtete über die Verhandlungen des Wohnungsausschusses und legte in längerer Ausführungen dar, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, 20 Prozent der Friedensmiete für die Wohnbauaufsicherung zur Verfügung zu stellen. An eine Veremigung der Mietsteuer, die nur als Notfeuer verantwortbar sei, dürfe man nicht denken. Man solle zunächst auf drei Jahre 20 Prozent der Friedensmiete für den Wohnungsbau festlegen und praktisch erproben, wie weit man damit komme.

Die Abg. Neubauer (Komm.), Junke (Soz.), Meyer-Baden (Soz.) und Dr. Fischer-Röhl (Dem.) protestierten dagegen, daß die Regierung hinter verschlossenen Türen mit den Regierungsparteien Entwürfe und Anträge schaffe, ohne den übrigen Parteien gleichzeitig davon Kenntnis zu geben. — Staatssekretär Dr. Pöhl betonte die große Eilebedürftigkeit der Steuervorlagen, die einen Zeitverzug nicht mehr vertragen. Abg. Tremmel (Zentr.) erklärte, der von den Regierungsparteien gestellte Antrag, 15—20 Prozent der Friedensmiete aus dem Einkommen der Haussteuer für den Wohnungsbau zu verwenden, bedeute im Falle der Annahme einen großen Fortschritt zur Befämpfung der Wohnungsnot. — Abg. Seiffert (Dnlt.) bezeichnete die Haussteuer als die brutalste, unjustizialste und ungerechteste Steuer, die es überhaupt je gegeben habe. Die Haussteuer habe dazu geführt, daß viele Gemeinden im Gelde geschwommen hätten, während der Wirtschaft das Geld notwendigste zur Weiterexistenz in vielen Fällen entzogen worden wäre.

Der Verlauf der Mäunung.

Nach Meldungen aus Eisen soll die militärische Mäunung des besetzten Ruhrgebietes voraussichtlich in der Zeit vom 15. bis zum 18. Juli erfolgen. Bis Mitte August sei jedoch mit dem Verbleiben der politischen Polizei und gegebenenfalls auch der Gendarmerie zu rechnen. Das ganze Gebiet gelte bis zum Ueberleben dieser Organe als besetzt.

Diplomatische Unterhandlungen mit Frankreich.

Berlin. Wie wir erfahren, haben in den letzten Tagen zwischen Berlin und Paris über die Sicherheitsfrage eingehende Unterhandlungen stattgefunden, die sich auf die von der deutschen Regierung gestellten Rückfragen beziehen. Eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt ist zur Zeit noch nicht erfolgt. Es besteht immer noch starke Meinungsverschiedenheiten, deren Ueberwindung augenblicklich noch schwierig erscheint. Immerhin kann als Ergebnis der bisherigen diplomatischen Sondierungsaktion die Tatsache verzeichnet werden, daß die französische Regierung ebenfalls direkte Verhandlungen mit Deutschland wünscht. Einigkeit besteht auch darüber, daß die Sicherheitsfrage zum Gegenstand einer allgemeinen Konferenz zwischen den beteiligten Mächten gemacht werden müsse.

Die Vollstreckung des Warschauer Todesurteils ausgeföhrt.

Moskau. (Funkpruch.) Das Gnadengesuch der Eltern Kindermanns und Wolfschts sowie des Verteidigers von Dittmar ist dem Zentralerekutivkomitee am 4. Juli angegangen. Kalinin hat gestern verfügt, daß die Vollstreckung des Urteils vorläufig ausgesetzt werde, bis der Entscheid des Präsidiums der Zentral-Exekutive über die persönlichen Gnadengesuche Kindermanns und Wolfschts vorliegt.

Nutliches.

Staatsgrundsteuer betr.
Die am 15. Juli 1925 fällige 2. Räte Vorauszahlung auf die Staatsgrundsteuer für das Rechnungsjahr 1925/26 ist in gleicher Höhe wie bisher - i. Bekanntmachung vom 27. April 1925, Nr. 99 des Großenbainer, Nr. 98 des Riesaer Tageblatts, Nr. 51 des Radeburger Anzeigers und Nr. 98 der Weizner Volkszeitung - spätestens bis zum 22. Juli 1925 an die zuständige Behörde zur Vermeidung eines Verzugsanlasses von 1 v. H. für jeden angefangenen halben Monat nach Fälligkeit abzuliefern.
Die Gemeindebehörden wollen noch in ortsüblicher und sonst geeigneter Weise auf die vorstehende Bekanntmachung hinweisen.
Großenbain, am 6. Juli 1925.
Die **Mais hauptmannschaft** als Grundsteuerbehörde.

Sächsische Staatsbauhule Dresden
Hochbau und Tiefbau
Unterrichtsbeginn am 1. Oktober 1925.
Anmeldungen spätestens bis 31. Juli 1925.
Ankünfte anfordern bei der
Direktion in Dresden-N. 6
St. Privatstraße 2.

Giner geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgeb. zur gef. Mitteilung, daß ich in der früheren Bentrichschen Dampfwaschanstalt wieder eine **Wasch-, Bleich- u. Blättanstalt** Vestalozzistraße 9 eröffne. Für sorgfältige und schonende Behandlung der Wäsche und für schnellste Ablieferung werde ich jederzeit bemüht bleiben. Auf Wunsch werden Wäscher abgeholt und zugestellt.
Bei Bedarf bitte ich um gef. Unterstützung meines neuen Unternehmens.
Paul Sterzel.
Plätzerinnen werden angenommen.

Vereinsnachrichten

Jugendlicher Orden. Heute 9 Uhr im Dampfbad Gefolgshausabend. Gäste herzlich willkommen.
Kriegsverein „König Albert“ Riesa. Donnerstag mittags 1 Uhr Stellen im „Goldenen Engel“ zum Ehrengeleit für den verstorbenen Kam. Gastwirt H. Wolf. - Heute Mittwoch 8 Uhr Versammlung.
Bewerberverein. Donnerstag, 9. Juli er., Hauptversammlung im 11. Saal des Hotel zum Stern. T. D.: Eingänge, Jahresbericht, Kassenbericht, Ehrung der Jubilare, Bericht über die neu gewählten Ausschussmitglieder. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
Chorverein. Donnerstag, den 9. d. M., punkt 8 Uhr Damen und Herren.
Jäger und Schützen. Morgen Donnerstag abend 9 Uhr Monatsversammlung. m. Bräutigamskuchen.
RZO. Sämtl. Jugendliche haben am Donnerstag im Bürgergarten zu erscheinen. Wichtige Angelegenheit. Gausjugendtreffen in Geringswalde.
Sofen. Donnerstag, 9. 7., Versammlung b. Wartb. Auferst. wichtig! Beginn 8 Uhr.
M. V. Artillerie, Pioniere u. Train. Donnerstag, 9. Juli, Monatsversammlung bei Höpfer.
Donnerstag abend 8 Uhr vom Gesangsverein Sängerkreis mit Damenchor

Morgen Parksing.
Leitung: Kurt Golle.
Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Restaur. z. Lichtspielhaus N. L.
Donnerstag von 6 Uhr ab Schweinshoden mit Alois Galkerschüssel u. a. m. H. Dierck. Gegebenst ladet ein Ernst Thalmann.
Umstandshalber Regelbahn 1 Tag in der Woche frei.

Glaubitz. Das für Sonntag, den 26. Juli 1925 angelegte Kinder- und Sommerfest findet nicht in Grödel sondern in **Glaubitz** statt. Anmeldungen erbeten an G. Reil und H. Schirmer, Glaubitz.

Todesfall wegen dieben morgen Donnerstag **Gasthof zur guten Quelle u. Produktengesch. Otto Zieger** von 12 bis 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Für die uns anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** von lieben Kollegen, Freunden und Bekannten Anteil gewordenen Ehrungen, Geschenke und Glückwünsche sagen hierdurch herzlichsten Dank. **Meltheuer, im Juli 1925.**
Lehrer Leske und Frau.

Genossenschaftler, Frauen und Mädchen rüsten für das genossenschaftliche Volksfest am 12. Juli auf dem Schützenplatz in Riesa.

Kinder erhalten Geschenke gratis!
Bei der großen Nachfrage nach Festabzeichen machen wir darauf aufmerksam, daß Festzeichen und Kindergeschenkekarten nur in unseren Verteilungsstellen zu haben sind. Wir bitten die Festabzeichen bis Sonnabend, den 11. Juli, abends 6 Uhr in den Verteilungsstellen zu entnehmen.
Auf dem Festplatz werden Festabzeichen nicht abgegeben.
Ohne Festabzeichen aber keinen Eintritt.

Strebl. jung. Ehepaar vom Lande **sucht Stellung** auf einem Rittergut. Off. n. C 2803 a. d. Tabl. Riesa.

1 Erntemann sucht Räder, Canis.

Unterländer sucht Stellung. Näheres an erf. Glaubitz 17b.

Waltergehilfen gesucht. Joh. Werner, Großenbainer Str. 9.

Miehaus in Riesa oder Gröba mit 6000 M. sofort. Anz. abg. zu kaufen gesucht. (Wohnung wird nicht beantragt.) Off. n. Z 2800 a. Tabl. Riesa.

Pferd zu verkauf. Radewitz 22.

Glode m. 6 Schippen u. 1 Grammophon zu verkaufen **Vöppischer Str. 32. v.**

Einferschweine und Ferkel verkauft **Zieger, Pochra.**

Schöner Schäferhund guter Wächter, zu verkauf. In erf. im Tagebl. Riesa.

Bienen-Babillon für 6 Wölker, 5 stark besetzt zu verkaufen billig **Rutter, Prausitz.**

Zur Beerdigung unseres lieben Kameraden Herrn **Richard Wolf** stellt die Schützengesellschaft Riesa Donnerstag mittags 7.1 Uhr bei Kamerad H. Dörcklein, „Goldener Engel“, Anzug: Zivil. Alle Erschienen ist Ehrensache.

August Förster
LÖBAU/Sa.
FLÜGEL-PIANOS



Erbauer des Vierteltonflügels
empfehlen
B. Zeuner, Piano-Magazin
Hauptstraße 73.
Fernruf 686.

Nachruf.
Dienstag früh verschied plötzlich und unerwartet un. lieber treuer Kollege, langjähriges Vorstandsmitglied u. 1. Vorsitzender
Herr Gasthofsbesitzer Richard Wolf.
Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, der jahrzehntlang in vorbildlicher Weise für unseren Verein tätig gewesen ist und beklagen seinen Tod aufrichtig. Für die uns geleisteten treuen Dienste danken wir ihm über das Grab hinaus. Wir werden ihn allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Riesa, den 8. Juli 1925.
Gastwirts-Verein Riesa u. Umg.
Der Gesamtvorstand.

Gastwirts-Verein
Riesa und Umg.
Zur Beerdigung unseres 1. Vorsitzenden Kollegen **Richard Wolf** stellt der Verein Donnerstag mittags 7.1 Uhr bei Kollege H. Dörcklein „Goldener Engel“. Zahlreiche Beteiligung ist Ehrenpflicht.
Der Gesamtvorstand.

Nach schweren Leiden verschied heute früh infolge Anglikalfalles meine innigstgeliebte Enkelin
Margarete Apel
Dies zeigt allen Freunden und Bekannten im Namen aller Angehörigen schmerzgef. an
Elisabeth verw. Lausche.
Riesa, Am Rundteil 7.
Die Beerdigung erfolgt Freitag, den 10. Juli, nachmittags 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Herzlichsten Dank
allen denen, die bei dem Heimgange unseres lieben, unvergesslichen Gatten, Waters, Bruders, Schwagers und Großvaters
Franz Louis Moritz
Schirmmeister i. R.
uns durch Wort, Schrift und überaus reichen Blumenbesand, sowie ehrenvolles Geleit zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme bezeugt haben. Du aber, lieber Vater, „Gabe Dank“ und „Stube sanft“.
In dieser Trauer
Amalie verw. Moritz
nebst Angehörigen.
Radebau, den 8. Juli 1925.

Billiger Sonderzug nach dem Spreewald
Sonntag, den 19. Juli, Chemnitz Ost.-Cottbus-Burg und zurück ab Radebau.
Abfahrt Riesa 4,05 vorm.
Ankunft Burg 7,40 vorm.
Abfahrt Radebau ab 7,00 nachm.
Ankunft Riesa 9,27 nachm.
Ermäßigter Fahrpreis 4. Kl. bis Burg und zurück von Radebau ab Riesa 5,20 M.
Auskünfte durch die Fahrkartenausgaben, die auch Karten für die große Radfahrer im Spreewald (6 Stunden) zum Preise von 2,50 M. für eine Person mit verkaufen.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahndirektion Dresden.

Schulfest in Roswein.
Festum am Sonntag, den 12. Juli, nachm. 1 Uhr.
Festum am Montag, den 13. Juli, nachm. 2 Uhr.
Die Teilnahme von Kindern auswärtiger Angehöriger ist gestattet nach vorheriger Anmeldung und Zahlung des Festbeitrages bei der Schulleitung.
Sonderzüge verb. noch durch Blakate bekanntgegeben.
Der Schulleiter **Hudschuh.**

Anton Stöhr, Heilkundiger
empfehlen in Krankheitsfällen seine Dienste. Lang Erfahrungen und beste Empfehlungen stehen zur Seite. Ich behandle insbesondere:
Rheumatismus, off. Alderleine, Flechten, Krämpfe, Weizfluß, Gallensteine, u. Asthma.
Zeugnisse über Heilerfolge liegen vor.
Bitte Morgenurin mitbringen!
Anton Stöhr, Heilkundiger
im Naturheilwerk, und Magnetismus
Riesa, Schützenstr. 20, I., rechts.
Sprechzeit: Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 10-4 Uhr.

Neue Kartoffeln
Neue Heringe
empfehlen billig
H. Gruhle, Bismarckstr. 35a.

ATA
Der ATA-Engel ist vergnügt, weil seine Arbeit nur so fliegt. In heller Freude ruft er aus: ATA gehört in jedes Haus! ATA nicht und reinigt alles!



Harmonium
gebraucht, billig zu verkaufen. Adresse u. Preis zu erfragen durch **Max Horn, Zwischau/Sa.** Piano- und Harmonium-Haus.

Möbel
neu und gebraucht stets billig zu verkaufen.
Oskar Messer
Riesa, Bruckgasse 4.

STRIMAN
Pianofabrik
Dresden-6 r
Gartenstr. 23

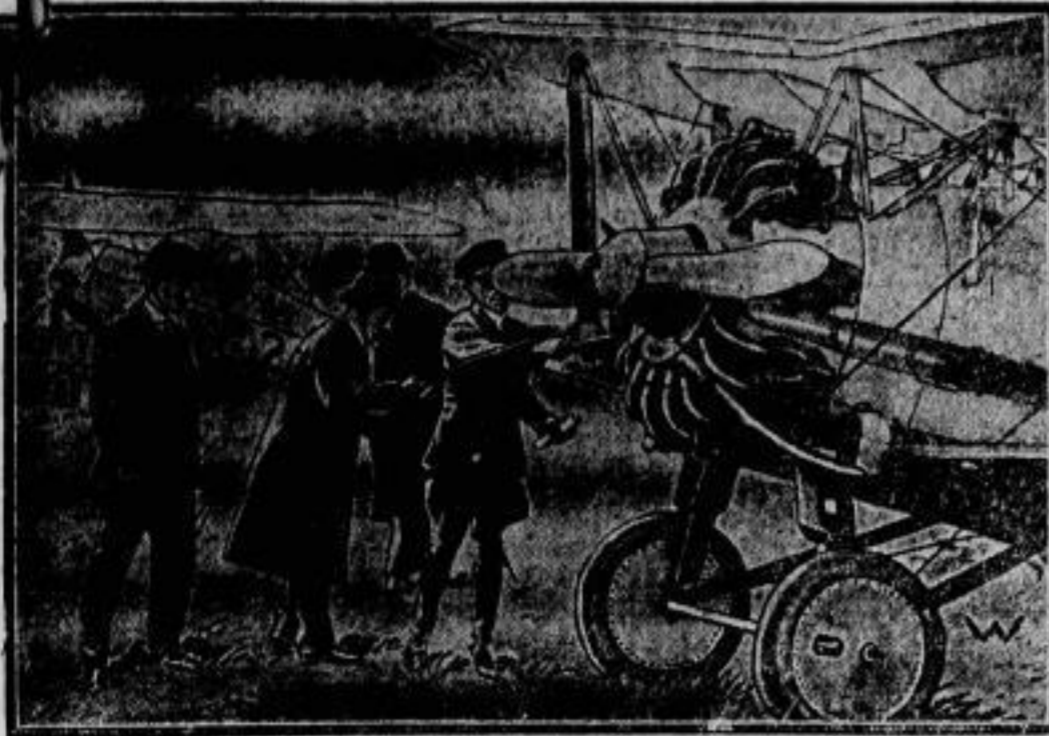
Prima
Beste Blumensohl
Karotten
Kohlrabi
Schälgurken
Neue Kartoffeln
Neue Sauerkurten
Ratjes-Beeringe
empfehlen

Kinderwagen
neu, billig zu verkaufen. Anfragen unter P 2806 an das Tageblatt Riesa.
37, PB

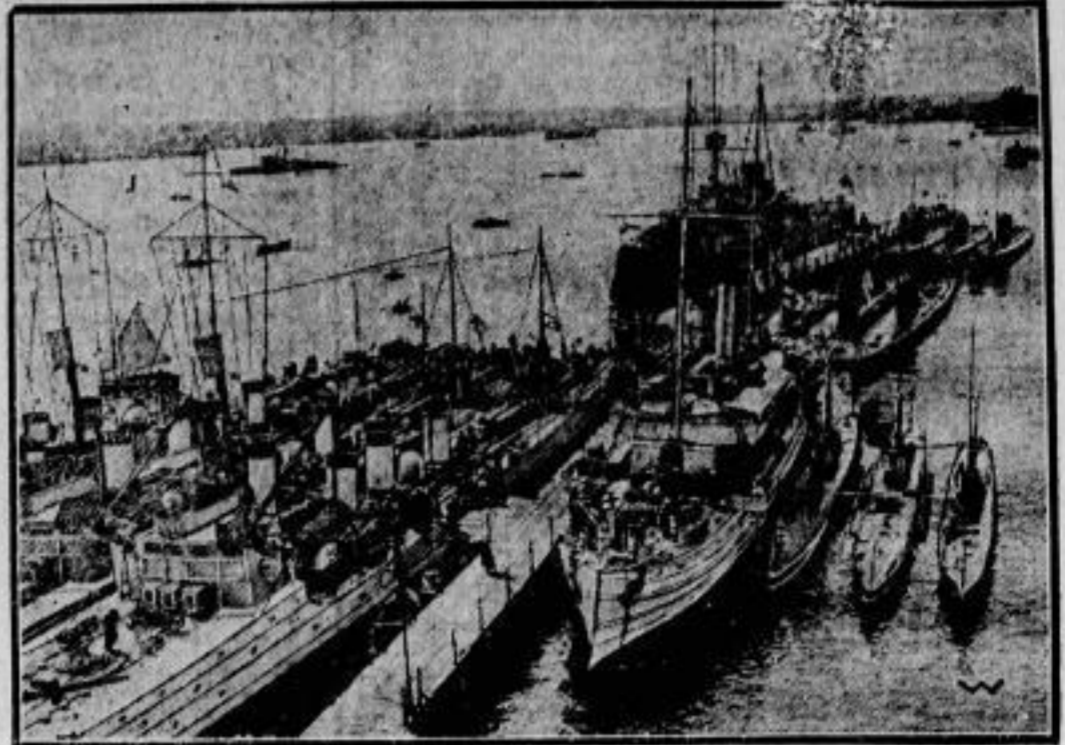
Paul Schautschik
Frühkartoffeln
kauft
H. Gartenschläger
Riesa-Gröba, Tel. 558.
Täglich

Donar-Motorrad
fast neu, billig zu verkauf. Zu erf. im Tagebl. Riesa.
Gehr. Ofen
mit Kachelofen billig zu verkauf. **Seerhausen 37.**
Gedr. Krankenstubi
zu kaufen gesucht. Zu erf. im Tagebl. Riesa.

frische Seefische.
Clemens Bürger.
Gasthof Zeitbau
Morgen **Schlachtfest.**
Donnerstag
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.



Nach England verhärtet seine Luftflotte. Durch die enorme Stärke der französischen Luftflotte ist England ebenfalls gezwungen, die Zahl seiner Flugzeuge zu vermehren. Unser Bild zeigt den König von England bei der Besichtigung eines neuen Bomben-Flugzeuges auf dem Flugplatz in Hendon.



Schwedischer Flottenbesuch in Kiel. Anlässlich der Kieler-Woche lief am 5. 7. 1925 die schwedische Flotte, geführt von Konteradmiral Ribben, im Kieler Hafen ein. Die Formation besteht aus 2 Panzerschiffen, 4 Torpedobootzerhörern, einer U-Boot-Flottille und einem Flugzeug-Mutterkreuzer mit Flugzeugen.

Die Deutschen in der Tschechei.

(Prager Brief.)

Prag, den 5. Juli 1925.

Der Geist aufgeklärter Duldsamkeit beherrscht nach den Bereuerungen des großen Weltweisen und Präsidenten Masaryk den tschechoslowakischen Staat. Einige kurze Beispiele nur aus letzter Zeit über die Auswirkungen dieses Geistes. Über 100 reichsdeutsche (1) Blätter sind in dieser freien Republik oder in Teilgebieten verboten. Mussolini konnte anlässlich der Beratung seines Pressegesetzes darauf hinweisen, daß das Gesetz in der „demokratischen“ Tschechei noch bedeutend schärfer sei. Dem Vorsitzenden des deutschen Lehrerbundes (Sih Reichenberg) wurde unlängst die Teilnahme an der Hauptversammlung des tschechischen Lehrervereins nicht gestattet. Gegen Kongressreden des tschechischen Lehrervereins in Deutschland, dessen Vorbereitungen ein schlaggeduldiges Publikum im Reiche sich gefallen ließ, hat der tschechische Staat natürlich nichts einzuwenden.

Eine staatsgefährliche Entdeckung hat das Tschechenblatt „Mlizen“ gemacht. Es hat noch eine deutsche Aufschrift in Prag entdeckt, wo immerhin Behnhaufende von bodenständigen Deutschen wohnen. Die deutsche Aufschrift lautete: „Frische! Hoffentlich ist durch rasche Entfernung dieses tautonischen Wortes die Republik noch einmal gerettet worden.“ Die Prager Regierung hat allen Beamten im deutschen Sprachgebiet — 3/4 Millionen Deutsche leben dort vorwiegend in geschlossener Siedlung — den Gebrauch der deutschen Sprache auch in privaten Gesprächen während der Amtsstunden verboten. Nachdem mit Hilfe der „Bodenreform“ nahezu der gesamte deutsche Großgrundbesitz in den Sudetenländern enteignet und in tschechische Hände überführt wurde, kommen den tschechischen Nationaldemokraten schwere wirtschaftliche Bedenken gegen die Weiterdurchführung der Bodenreform zu. Diese würde jetzt den tschechischen Großgrundbesitz treffen, und das muß und wird verhindert werden. Der Tod der „Bodenreform“ ist ja mit vollogenerem Raub des deutschen Bodens erfüllt.

Die Erdrosselung der deutschen Minderheit auf dem Verwaltungswege nimmt ihren Fortgang. Eine große Anzahl von deutschen Schulen und Schulklassen sind in den letzten Wochen wieder geschlossen worden. Nach Brünn, Olmütz und Jälan soll die deutsche Landeshauptstadt Troppau fallen. Durch zwangsweise Eingemeindung von sieben vorwiegend tschechischen Nachbargemeinden soll eine künstliche tschechische Mehrheit geschaffen werden, die selbst mit Hilfe massenhafter Beamtenverschönerungen unerreichbar geblieben wäre. In Brünn wurde auf Grund der neuen Niederschreibung 10 deutschen Geschäftsräume gekündigt, die Geschäftsräume in tschechischen Gebäuden innehaben.

Jedes neue Gesetz ist ein neues Tschechisierungsinstrument. Die tschechische Bezirksfürsorge in Pohrlitz erhielt an staatlichen Zuwendungen im Jahre 1924: 17477 Kronen (4,80 Kronen pro Kopf der tschechischen Minderheit), die deutsche Jugendfürsorge im gleichen Zeitraum 1000 Kronen (0,08 Kronen pro Kopf der deutschen Bevölkerung.) Endlich sei noch erwähnt, daß auf höheren Befehl die Erlernung der Staatsprache in den Unterrichtsplänen der deutschen Schulen nicht mehr mit dem Stichwort „Tschechisch“ sondern „Tschechoslowakisch“ gekennzeichnet werden muß. Nun handelt es sich um zwei Sprachen, die sich zueinander etwa wie Holländisch und Deutsch verhalten. Wehrt wird natürlich das Tschechische. Aber die Legende von der tschechoslowakischen Nation, die es in Wirklichkeit garnicht gibt, muß gepflegt werden. Deltige Einfall, möchte man angesichts dieses Systems ausrufen, wenn es sich nicht um höchst unheilvolle Niedertracht und Beschränktheit handelte.

Lothar Megendorfer gestorben.

München. (Funktpruch.) Gestern ist Lothar Megendorfer, der durch die von ihm gegründeten und lange Zeit geleiteten Megendorfer Blätter über Deutschland hinaus bekannt geworden ist, im 78. Lebensjahre gestorben.

Sowjetrußland und die Finanzblockade.

Moskau. (Meldung der russ. Telegraphenagentur.) Unter Beteiligung einer nach Tausenden rühenden Menschenmenge fanden gestern hier Straßendemonstrationen statt, in denen das Volk zur Selbsthilfe gegen die Finanzblockade aufgefordert wurde. Von den Rednern wurde empfohlen, die Innenanleihe nach Kräften zu unterstützen, das sei ein Mittel, um unter allen Umständen den gregelsten Gang des Wirtschaftslebens zu sichern. Sololnikoff erklärte Pressevertretern gegenüber, eine Finanzblockade gegen Sowjetrußland könne für die Sowjetunion nicht von entscheidender Bedeutung sein, da das Land sich aus seinen inneren Kräften heraus rasch wiederherstelle, seine Industrie entwickle, den Außenhandel fördere und den Kredit im Innern stärke. Die bevorstehende gute Ernte gestalte die Aussichten des Landes noch günstiger.



Aus dem Saargebiet.

Der Rathaus-Neubau in Saarbrücken.

Im Zusammenhang mit der Saarländer Jahrtausendfeier fand in Saarbrücken in Anwesenheit aller Behörden die Einweihung des Rathausneubaus statt.



Der neue weibliche Kommandeur der Heilmarmee in Berlin eingetroffen.

Am 3. Juli traf der neue weibliche Kommandeur der Heilmarmee, Mary Booth, in Berlin ein. Mary Booth ist die zweite Tochter des General Booth und die Enkelin des Begründers der Heilmarmee. Sie ist in Gassel erzogen worden, also mit deutschen Verhältnissen besonders vertraut und daher zur Ahrnung des Befehls in Deutschland besonders geeignet.

Schwedischer Flottenbesuch in Kiel.

Kiel. Anlässlich des schwedischen Flottenbesuchs hatte die Stadt Kiel am Montag abend 450 Schwedische und 150 deutsche Unteroffiziere und Mannschaften zu einem Festkommers nach dem Colosseum geladen. Zu gleicher Zeit vereinigten sich auf Einladung des Befehlshabers der Ostseestreitkräfte, Konteradmirals Oldelap, 300 Schwedische und 200 deutsche Mannschaften zu einer feierlichen Veranstaltung im Schlosshof, an der auch der Befehlshaber des Schwedischen Geschwaders, Admiral Ribben, teilnahm. Ein Gartenfest beim Stationschef, Konteradmiral Raeder, vereinigte zahlreiche Schwedische und deutsche Herren mit ihren Damen. Es fand auch ein Fußballspiel zwischen Schwedischen und deutschen Marinemannschaften statt, das mit einem Sieg der deutschen Mannschaft endete.

Kiel. (Funktpruch.) Im Rahmen der zu Ehren der schwedischen Flottengäste veranstalteten Festlichkeiten lud die Stadt Kiel gestern die schwedischen Offiziere zu einem Frühstück in den neuen Katseller. Etwa 1000 Mann der Besatzung besuchten Theater. Ferner fand ein Bordfest auf dem deutschen Linienkreuzer Hannover unter dem Kommando Admiral Zenker statt. Die Unteroffiziere der deutschen Marine hatten ihre schwedischen Kameraden zu einem Unteroffiziersfest eingeladen, in dessen Verlauf der Chef der Marineinspektion Admiral Raeder eine Ansprache hielt, die in einem Durra auf den schwedischen König, das schwedische Volk und die schwedische Marine ausklang. Der schwedische Admiral Ribben dankte hierauf für die herzliche Aufnahme.

Zum Abbruch der Pariser Wirtschaftsberatungen.

Paris. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt:

Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Communiqué feststellt, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen, Chemikalien, Maschinenartikel, Kleinwaren, optische Erzeugnisse, elektr. Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für ein Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge namentlich was Wolle, Holz- und Baumwollgewebe sowie Automobile betrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichen Gebieten fundieren haben. Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgend einer Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.

Paris. Staatssekretär Dr. Trendelenburg und der französische Handelsminister haben beschlossen, am 15. September wieder zusammenzukommen. Die am 28. Februar getroffene Abmachung wird erneuert, nach der beiderseits die Verpflichtung übernommen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht durch ausschließliche oder besonders gegen das andere Land gerichtete Maßnahmen zu stören und namentlich Beschwerden wegen der Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote und der Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligung wohlwollend zu prüfen. Da es für notwendig gehalten wurde, schon jetzt einige Punkte festzusetzen, die am 15. September von den beiden Delegationsführern geprüft werden sollen, wird Dr. Trendelenburg noch einen bis zwei Tage in Paris bleiben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin. Am Montag ist, wie zuverlässig verlautet, die polnische Erklärung über die strittigen Fragen der Handelspolitik der deutschen Regierung übermittelte worden. Die Polen glauben ihr größtes Entgegenkommen dadurch zu beweisen, daß sie auf ihrer alten Forderung, auf Lieferung von 350 000 Tonnen Kohle bestehen bleiben, während die deutsche Regierung vor einiger Zeit bereits erklärte, daß sie höchstens für 100 000 Tonnen aufnahmefähig sei. Weiter verlangen die Polen eine baldige Regelung der Einfuhr polnischer Fleischwaren und polnischen Viehes nach Deutschland, wogegen sie sich verpflichten, einigen deutschen Exportartikeln die Einfuhr nach Polen zu gestatten. Bislang haben Beratungen darüber, ob die polnische Antwort als Gegenstand weiterer Auseinandersetzungen dienen kann, im Auswärtigen Amt noch nicht stattgefunden, und es steht noch darin, wann die Verhandlungen über den Abschluß eines Provisoriums wieder aufgenommen werden können.

